

Protokoll des Treffens KRT-Gau-Bi am 23.05.2017 / 19:00 Uhr im Ratskeller

TeilnehmerInnen: Christiane Niemeyer-Vollers, Christoph Adam, Willi + Gabriele Weyerhäuser, Dr. Gerlinde Scherf, Kathrin Keller, Doris Lütyens, Mohammad Madiane, Stefan Lerch, Jürgen vdWense, Claudia Deubel (FDP-Vertreterin), Heinz Knab (CDU-GR-Fraktion), OGM Patrick Müller (SPD-Vertreter)

Moderation: Charles Franck

Sachstand und Austausch zu den Wohn- und sonstigen Projekten

- **Spielbahnhof / KiGa / Grundschule**
Spielbahnhof wird sich nach der Sommerpause für die Hausaufgabenbetreuung neu aufstellen, es wird zwei neue 1.Klässler und zwei 2.Klässler geben. Die armenische Familie mit Jura soll eingebunden werden.
Claudia Deubel wird nach der Sommerpause nicht mehr als Ansprechpartnerin für die Grundschule zur Verfügung stehen.
Mhd Madiane bietet Übersetzungsunterstützung allgemein, aber auch für Schule an.
- **Sportgruppen**
Infolge des beginnenden Ramadan, fällt der Sport für die nächsten 4 Wochen aus.
- **Ruländerweg**
Familie Alswed hat sich gegen alle Ratschläge für eine Wohnung in Bodenheim, als befristete Lösung, entschieden. VG Kommt allerdings nicht mit dem Mietvertrag weiter, so dass sich der Umzug verzögert. Beim kulturbunten Helferkreis in Bodenheim ist die Intervention von VG-Bgm Dr.Scheurer auf Unverständnis gestoßen, da in Bodenheim bereits seit längerem eine Familie auf engstem Raum wohnt und dringend eine Wohnung bräuchte. Diese jetzt aber wieder leer ausgeht.
Der Hausbesitzer ist entsetzt über den Zustand der Außenanlagen des Hauses. Dies muss er mit der VG als Mieter klären.
- **Am Rothfloß**
Alle Pakistani und alle Afghanen haben ihren Ablehnungsbescheid vom BAMF erhalten. Alle haben den Klageweg vorm VG Trier eingeschlagen. Prognosen eher negativ.
K.Keller informiert, dass auch ohne RA eine Klage beim VG Trier eingereicht werden kann, falls während der Widerspruchsfrist keine Anwaltertermin zu erhalten ist. Klagebegründung muss aber dann über RA erfolgen.
Das Rundschreiben des rhlpf. Ministeriums zur Ausbildungsduldung wird an die direkten Betreuer_innen versendet. Ist insbesondere für die Afghanen wichtig.
- **Bahnhofstraße**
Omid und Hussam erhalten ergänzende Sprachunterstützung durch Doris Lütyens. Nach der Sommerpause kann dieser Unterricht ggfs auf eine Kleingruppe mit Afghanen zusammen ausgeweitet werden, da diese aktuell keinen Zugang zu Sprachunterricht haben. Das Pfarrhaus stünde dafür sicher wieder zur Verfügung.
Kazim kann am 06.06. einen Alphakurs bei der Eurosprachschule beginnen. In seine Zahlproblematik wird Fr.Dr.Scherf mit ihren Verbindungen zur ZMK eingebunden.
- **Unterhof**
Majid's Klageverfahren in Trier ist mit einem positiven Urteil abgeschlossen. Dem BAMF Konnte ein verfahrensfehler nachgewiesen werden. Deshalb ist seine Ablehnung aufgehoben und BAMF muss neu entscheiden.

Ortsbezogene Integrationspauschale

Mit den Vertreter_innen der Gemeinderatsfraktionen konnten erste Überlegungen zur Verwendung der zweckgebundenen Integrationsmittel (30.800 €) diskutiert werden. Bei den Fraktionen selbst wurden noch keine Projekte entwickelt. Die enge Zusammenarbeit mit dem KRT wurde betont, da dieser direkt und eng am Thema sei.

In die HaFi-Ausschusssitzung am 01.06. und in die GR-Sitzung am 20.06. soll bereits die Finanzierung des Interkulturellen Treffpunktes im alten Bahnhof (aktuell Jugendraum) eingebracht werden, so dass bei Nichtberücksichtigung durch das Bundeslandwirtschaftsministerium (Projekt „500 Landinitiativen“) die Finanzierung aus den Integrationsmitteln erfolgen kann und das Projekt bereits in der Sommerpause starten kann.

Weitere Projektvorschläge, die aber noch weiter zu entwickeln sind

- Zahlung der Mitgliedsbeiträge für 2016 und 2017 an den TUS für alle bisher beitragsfrei gestellten Flüchtlinge
==> nur wenig Zustimmung; das beitragsfreie Willkommen des TUS war dessen kulante Entscheidung
- Gemeinde schreibt einen jährlichen Integrationspreis aus, als Anreiz für Vereine und Einzelpersonen in Gau-Bi, sich mit eigenen Initiativen und Projekten bei der Integration einzubringen
==> Idee soll weiterverfolgt werden
- Arbeitgebern, die Praktikumsplätze für Flüchtlinge anbieten soll eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden, als finanzieller Anreiz
==> nur wenig Zustimmung; wenn überhaupt, dann nur Betrieben und Landwirten im Ort, um die Ortsgebundenheit der Mittel nicht zu gefährden
- den Flüchtlingen, die sich in den Arbeitsmarkt durch Praktika integrieren wollen, sollen entstehende Unkosten erstattet werden
==> nur wenig Zustimmung; warum bei Praktika und nicht bei Schulbesuchen? Wer will die Unterstützungsgrenze definieren? Bei Praktika über das Jobcenter werden Fahrtkosten auf Antrag bereits erstattet.
- Feuerwehr soll ein finanzieller Anreiz gegeben werden, um Sicherheitskurse für Flüchtlinge zu veranstalten
==> nur wenig Zustimmung; mehrheitlich wird die Meinung vertreten, dass die FFW diebezüglich ein Projekt entwickeln und an den Gemeinderat herantragen sollte, um dieses dann aus den Integrationsmitteln zu finanzieren (Positivbsp FFW-Mommenheim)
- Aufstellen einer „Givebox“ im Ort für Spenden (Positivbsp Münster)
==> Idee soll weiterverfolgt werden; Organisation und Projektverantwortliche/r noch unklar; Gefahr wilder Müllablagerung muss vermieden werden
- 400-€-Stelle bei der Gemeinde im Kontext des Projektes „Interkultureller Treff Bahnhof“
==> wird für sinnvoll gehalten, um von Beginn an klare Strukturen zu garantieren
- KRT sollte generell einen Projektsteckbrief entwickeln, als Vorlage und zur Entscheidungsfindung im Gemeinderat, mit dem alle Organisationen und Vereine dann Projekte einreichen können. Dies gewährleistet klare, einheitliche Strukturen.
==> Idee soll schnellstmöglich realisiert werden

Allgemeiner Hinweis zur eigenwilligen Arbeitssuche der Flüchtlinge

Hier ist dringend davon abzuraten, solange die Sprachkurse (B1 und B2) noch nicht abgeschlossen sind. Die Flüchtlinge verlieren alle weiteren Möglichkeiten des Spracherwerbs, wenn der SBG-II-Bezug infolge eines zu hohen Verdienstes eingestellt wird. Arbeit sollte deshalb NUR mit Unterstützung und durch das Jobcenter vermittelt werden.

Ebenso bitte alle Praktika NUR mit Einverständnis des Jobcenters organisieren, so dass diese für den Leistungsbezug unschädlich bleiben. Bitte keine tageweise „Praktika“ vermitteln. Bei Menschen im Asylverfahren oder mit Duldung, wird dies als Schwarzarbeit eingestuft.

Das nächste Treffen des KRT findet am Dienstag, den 27.06.2017, 19:00 Uhr im Ratskeller statt.

Eine spezielle Einladung ergeht dann wie bisher rechtzeitig vorab, ebenso wie die Veröffentlichung im Nachrichtenblatt.

Gau-Bi, den 26.05.2017

Charles Franck